

Ratssitzung

CDU und FDP für Haushalt des Bürgermeisters

Von unserem Redaktionsmitglied PETER WILD

Warendorf (gl). CDU und FDP haben mit ihren Stimmen im Rat der Stadt gestern die Verabschiedung des Haushaltsplans 2017 gesichert. SPD, Grüne und FWG votierten dagegen. Neben der „Bürgermeisterkoalition“, gegen die Stimmen von SPD und FWG, segneten auch die Grünen eine Aufstockung des städtischen Personals im Stellenplan ab.

Mit 22 zu 19 Stimmen wurde nach insgesamt rund einstündigen Reden der fünf Fraktions-sprecher der in ausführlichen Beratungen nur leicht veränderte Etatentwurf von Bürgermeister Axel Linke (CDU) verabschiedet. Aus verschiedenen Gründen lehnten SPD, Grüne und FWG das Zahlenwerk ab.

Neben der CDU stimmte auch die FDP dem Finanzfahrplan des von beiden Fraktionen unterstützten Bürgermeisters zu, obwohl mit einer weiteren Personalaufstockung bei der Stadtverwaltung, Steuererhöhungen und steigender Verschuldung klassische Merkmale erfüllt sind, denen die Liberalen traditionell tendenziell ablehnend gegenüberstanden hatten.

Auch die CDU gab zu, ungerne einer Erhöhung der Grundsteuern zuzustimmen. Deren Sprecher Ralph Perlewitz wie auch FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Beate Janinhoff nutzten ihre

Etatreden, um die tendenziell unerfreulichen Entwicklungen in der lokalen Haushaltspolitik insbesondere der rot-grünen Landesregierung in die Schuhe zu schieben. Während SPD-Sprecherin Andrea Kleene-Erke den Gegenpol setzte und die Landespolitik eher verteidigte, beschränkten sich Jessica Wessels (Grüne) und André Wenning (FWG) weitgehend auf Sachfragen der kommunalpolitischen Themen vor Ort.

Mit 28 Ja-Stimmen gegen zwölf Nein-Voten und bei einer Enthaltung aus der FWG wurde auch der Stellenplan der Stadtverwaltung abgesegnet. Er sieht zusätzliche vier Mitarbeiter in der Behörde vor, die dann rechnerisch exakt 283,402 Vollzeitstellen hat. Um einen Kollegen stärker wird auch das Team des städtischen Abwasserbetriebs (23,8 Stellen).

Der städtische Haushalt hat im Ergebnisplan ein Ausgabevolumen von 84,345 Millionen Euro, wobei dem nur 81,154 Millionen Euro an kalkulierten Einnahmen gegenüberstehen. Das bedeutet ein veranschlagtes Defizit von knapp 3,2 Millionen Euro, die durch einen entsprechenden Betrag aus den bereits stark angeknabberten Rücklagen gedeckt werden könnten. Die maximal mögliche Kreditaufnahme wird auf 3,9 Millionen Euro festgesetzt. Im Etat werden investive Maßnahmen anfinanziert, die die nächsten Haushalte schon jetzt mit 1,7 Millionen Euro belasten.



Zu Beginn der Ratssitzung, bei der später der Haushaltsplan 2017 verabschiedet wurde, verpflichtete Bürgermeister Axel Linke (Mitte) gestern gleich zwei neue Ratsmitglieder: Nina Hiller (Grüne) rückt für Daniel Kobschull nach, Bernhard Ossege (SPD) folgt auf Peter Böhm. Bild: Wild

Kommentar

Stellvertreterkriege und „unsere Oma“

Von unserem Redaktionsmitglied PETER WILD

Spannend wie ein ausgefülltes Kreuzworträtsel. So hat André Wenning gestern im Rat mit einem sympathischen Schuss Selbstironie über Etatreden gescherzt. Immerhin war seine nicht die längste. Hat der Mann ein Glück, dass er als Vertreter einer Freien Wählergemeinschaft nicht auch noch an den Landtags- und Bundestagswahlkampf 2017 denken muss. In manch anderer Etatrede versuchten Lokalpolitiker mit zeitweise geradezu peinlicher Durchsichtigkeit, das andere parteipolitische Lager schlecht aussehen zu lassen.

Ist das nötig? Gibt es nicht genügend Themen auf lokaler Ebene, um Akzente zu setzen, um das eigene Profil zu schärfen, ohne in den Automatismus der parteipolitisch-taktischen Rollenspiele zu verfallen? Richtig ist, dass die Interessenvertreter der Ortspolitik „denen da oben“ auf die Füße treten müssen, egal wer in Bund und Land oder auch im Kreishaus regiert. Anstatt sich in Stellvertreterkriegen verbal zu zerfleischen, wäre es aber angebracht, gemeinsam eine Lobby zu bilden, um die Bedingungen für die Kommunalpolitik weiter zu verbessern. In diesem Punkt hat der CDU-Sprecher Ralph Perlewitz absolut recht. Und schließlich sind es diese Parteien, die ihre Vertreter für die „große“ Politik in Kreis, Land und Bund nominieren, die in die Pflicht genommen gehören. Wenning hat es da einfacher. Er hat nur „unsere Oma“ als Ratgeber. Und vielleicht damit die Beste.

Zitate

„Da die Kommunen kaum Einnahmen selbst verwerten können, sondern von Zuschüssen leben, verlieren sie ihre kommunale Selbstbestimmung.“
Ralph Perlewitz, CDU

„Ohne Glasfaser-Internet, ohne Umgehungsstraßen gibt es keinen weiteren Zuzug nach Freckenhorst; im Gegenteil: eher ein Abwandern der Bevölkerung ist zu erwarten. Wer soll dann von den

Segnungen einer Veranstaltungshalle oder eines Gemeindehauses profitieren?“
Dr. Beate Janinhoff, FDP

„Die Mär von den großen Einsparungen durch die Aufgabe des Rechnungsprüfungsamts hat sich in Luft aufgelöst.“
Andrea Kleene-Erke, SPD

„Im kreisweiten Vergleich liegt die von uns geforderte Erhöhung

der Gewerbesteuer im Mittelfeld. Bei Grundsteuer A und B sehen wir ein Missverhältnis, das Hausbesitzern im Gegensatz zu Landwirten höhere Abgaben abverlangt.“
Jessica Wessels, Die Grünen

„Viele Haushaltsreden sind sehr, sehr lang. Unsere Oma hätte gesagt: „Spannend wie ein ausgefülltes Kreuzworträtsel.“
André Wenning, FWG

CDU: Statt Streichliste lieber Lobbyarbeit für die Kommunen

Warendorf (pw). „Der Haushaltsplan ist solide gerechnet. Es gibt aus unserer Sicht keine Gründe, ihn abzulehnen“, sagte CDU-Fraktions-sprecher Ralph Perlewitz (Bild). Zwar sei auch die CDU über Stellenerweiterungen bei der Verwaltung und höhere Steuer-sätze nicht glücklich; beide Maßnahmen seien aber begründbar.



Die Verwaltung stehe „vor der großen Aufgabe, Versäumnisse aus der Vergangenheit innerhalb kurzer Zeit aufzuarbeiten“. Mehr Personal im Bauamt sei „eine Zukunftsinvestition, die sich mittelfristig auch finanziell lohnt“. Vorrangig sei aber nun auch die Entwicklung von Baugebieten – „die Renaturierung der Ems ist weni-

ger dringlich“.

Mit der Aufgabe des Rechnungsprüfungsamts und der geplanten Zusammenarbeit der Bauhöfe von Stadt und Kreis seien wichtige Weichen gestellt worden, um durch interkommunale Zusammenarbeit Kosten zu senken. Die Bereiche Bauordnung und Zentrale Vergabestelle sind für Perlewitz weitere Aufgaben, bei denen der Mitarbeiterpool im Kreishaus genutzt werden könne. Steuererhöhungen seien „ein süßes Gift, das schnell finanzielle Abhilfe schafft, das Grundproblem jedoch nicht löst, sondern zusätzliche Probleme schafft“, sagte Perlewitz und begründete anschließend, warum die CDU die Steuererhöhungen mitträgt: „Wir erhöhen nicht die Steuern, um einen strukturell unterfinanzierten Haushalt zu retten, sondern um Investitionen zu tätigen, die Bürgern zugute kommen.“

Das vergangene Jahr habe bewiesen, „dass auch in Warendorf nicht Jahrzehnte ins Land gehen müssen, um zukunftssichernde Maßnahmen umzusetzen“. Eine neue Konsolidierungsliste hält Perlewitz für wenig sinnvoll, weil es kaum mehr freiwillige Leistungen gebe, die gekürzt oder gestrichen werden könnten. „Die Musik für unseren Haushalt spielt an ganz anderen Stellen“, forderte der CDU-Sprecher dazu auf, beim Kreis und über die Bundes- und Landtagsabgeordneten Lobbyarbeit für die Gemeinden zu leisten: „Lasst uns weniger auf unsere kleinen Sparmöglichkeiten schießen, sondern denen Druck machen, die die kommunalen Finanzen durch immer höhere Abgaben belasten.“

Nicht nur der Bundesfinanzminister habe den Anspruch, eine „Schwarze Null“ im Haushalt zu erreichen.

SPD: Kein roter Faden im Etat und ein hausgemachtes Loch

Warendorf (pw). Die SPD-Fraktion hat den Haushalt abgelehnt, weil Struktur und Ausrichtung des Etats, der die Handschrift von Bürgermeister Axel Linke trage, nicht stimme, sagte Fraktions-sprecherin Andrea Kleene-Erke (Bild). Linke bevorzuge die



Entwicklung der Kernstadt und vernachlässige die Ortsteile, was sich insbesondere für Freckenhorst negativ auswirke. Auch in den Ortsteilen müsse die Entwicklung neuer Baugebiete vorangetrieben werden, in Freckenhorst seien sowohl Turnhallen als auch das Lehrschwimmbad zu sanieren. „Wir sehen Prioritäten und Tendenzen in städtebaulichen Entwicklungsprozessen, die

nicht in die richtige Richtung gehen“, kritisierte die Sozialdemokratin. Teure Gutachten zeigten einen „Hang zur Absicherung“, während für die eigentlichen Projekte kein Geld da sei. Der Grund ist für Kleene-Erke klar: „Es gibt keine erkennbare Handschrift zur Sparsamkeit“, und es fehle „schlichtweg der rote Faden“.

Es sei kein Haushalt zum Jubeln. Dass das im Entwurf veranschlagte Defizit von vier auf drei Millionen Euro reduziert worden sei, beruhe auf äußeren Faktoren und nicht auf eigener Sparsamkeit. Weder Bund noch Land oder Kreis dürften diesmal verantwortlich gemacht werden, denn: „Das Loch ist hausgemacht“, weil Linke eine sparsame Haushaltsführung vermissen lasse. Für das Lehrschwimmbecken sei angeblich kein Geld da, während es an anderer Stelle „mit lockerer Hand ausgegeben“ werde. Der seit 2004

um zehn Millionen Euro abgebaute Schuldenberg werde gleichwohl den Höchststand im Jahr 2020 wieder erreichen.

„Ein wenig Licht, aber auch viel Schatten“ sieht die SPD in Details des Haushalts. Das bereits personalverstärkte Bauamt wird von Kleene-Erke sehr kritisch beurteilt. Die Regionalplanung der Bezirksregierung dafür verantwortlich zu machen, dass die bauliche Entwicklung in den Ortsteilen nicht vorankommt, sei unsachlich: „Der einzige Hemmschuh, der uns an einer Weiterentwicklung hindert, sind Sie und die Bauverwaltung selber“, sagte Kleene-Erke in Richtung Bürgermeister.

Bei der Handhabung der Prioritätenliste für Bauprojekte entspreche der Eindruck: „Nicht die Politik, sondern die Verwaltung bestimmt sich ihre eigenen Prioritäten.“

Grüne: Befürchten auf Wohnungsmarkt Kollaps

Warendorf (pw). Die Grünen-Fraktion vermisst im Haushalt Impulse in der Sozial- und Verkehrspolitik, auch Klima- und Umweltschutz kämen „vielfach zu kurz oder es wird am falschen Ende gespart“, sagte Fraktions-sprecherin Jessica Wessels (Bild) in der Begründung, warum ihre Fraktion den Etat ablehne. Der Entwurf könne nur „auf den ersten Blick als sehr moderat“ bezeichnet werden.



Die Erhöhung der Grundsteuern sei „längst überfällig gewesen“, und auch der Hebesatz der Gewerbesteuer hätte aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit und Gleichbehandlung eigentlich moderat angehoben werden müssen, sagte Wessels. Den Personalaufstockungen bei der Verwaltung stimmten die Grünen zu, wundert sich nur, dass sie erst jetzt bewilligt und sogar von der CDU angeregt worden seien. Zu Zeiten des Bürgermeisters Jochen Walter habe die Union immer wieder Stelleneinsparungen gefordert, und die Auswirkungen dieser Politik seien jetzt an verschiedenen Stellen sichtbar.

Viel zu wenig leiste die Stadt für den sozialen Wohnungsbau. Wessels: Wir befürchten hier in naher Zukunft einen Kollaps auf dem Wohnungsmarkt. „Günstiger Wohnraum fehle nicht nur für Flüchtlinge, sondern für alle Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Einkommen. Den Akzent auf hochpreisiges Bauen in den neuen Baugebieten zu setzen, sei falsch.“ „Die Grundstücke sind zu teuer, und manches angelegte Filetstück mag sich als Ladenhüter entpuppen.“

Bei der Suche nach Einsparmöglichkeiten dürfe keine „bloße Symbolpolitik“ gemacht werden. Freiwillige Leistungen, gerade im Sozial- und Kulturbereich, machten ohnehin nur einen geringen Teil der städtischen Kosten aus, seien aber ein enorm wichtiger Faktor für das Zusammenleben in der Stadt und trügen zur Steigerung der Lebensqualität bei.

Für fragwürdig halten die Grünen die durch CDU und FDP beschlossene, ungedeckelte Defizitübernahme in den Kindergärten der Pfarrei St. Laurentius. Erstens dürfe nicht sein, dass die Kommune Aufgaben finanziere, die Bund, Land und Kreis zukünftig übernehmen würden, zweitens würden andere Träger mutmaßlich jetzt auch auf Gleichbehandlung pochen.

FWG: „Sparvorschläge“ kosten einfach nur Geld

Warendorf (pw). Die FWG-Fraktion hat den Haushalt abgelehnt, weil er nicht viel besser sei als der von 2015 und „wenig zeitgemäß“. Das eingeplante Defizit von 4,2 Millionen Euro trotz Steuererhöhungen sei „eine starke Belastung für die Zukunft“. Anders als CDU



und FDP halte die FWG den Etat nicht für seriös und ausgewogen, sagte Fraktionssprecher André Wenning (Bild). Ein Grund für die Ablehnung sei der Stellenplan der Stadtverwaltung. Obwohl er im vorigen Jahr bereits um 15 Positionen aufgestockt worden sei, seien nun weitere dreieinhalb Stellen draufgepackt worden, und das auch noch auf Antrag der CDU, nicht des Bürgermeisters selbst. Wenning: „Wer führt denn jetzt die Ämter? Der Verwaltungschef Linke oder doch die CDU?“

An Bürgermeister Axel Linke gewandt, kritisierte Wenning, dass „Ihre Sparvorschläge einfach nur viel Geld kosten“. Als Beispiel nannte er die vermeintlichen Synergieeffekte durch die Abgabe der Aufgaben der Rech-

nungsprüfung an den Kreis und die Planung eines gemeinsamen Baubetriebshofs von Kreis und Stadt. Bevor sich (von der FWG in Zweifel gezogene) Spareffekte überhaupt einstellen könnten, kosteten beide Maßnahmen erst einmal viel Geld. Die aus dem lokalen Rechnungsprüfungsamt abberufenen Mitarbeiter stünden weiterhin auf der Gehaltsliste des Bürgermeisters, einer sogar direkt in dessen Büro, das seit der Amtsübernahme Linkes um einige Stellen erweitert worden sei. Auch der interkommunale Bauhof werde 800 000 Euro kosten.

Bezahlt werden müssten solche Zusatzkosten durch Steuererhöhungen. Durch die Erhöhung der Grundsteuern würden alle getroffen, da sich das Wohnen in Warendorf verteuere. Die FWG sei überzeugt, dass Steuererhöhungen in diesem Jahr noch nicht erforderlich gewesen wären. Einsparpotenziale seien nicht ausgeschöpft worden. Für wichtige Projekte, die in den kommenden Jahren umzusetzen seien, fehle dennoch das Geld – es sei denn, Steuern würden ab 2018 schon wieder erhöht. Als eine wichtige Investition in die Infrastruktur und „vernünftige Lösung“ sähe die FWG den Neubau eines Lehrschwimmbads in Freckenhorst.

FDP: Konzentration auf die Pflichtaufgaben

Warendorf (pw). Der Haushalt sei seriös und weise keine „unsinnigen Investitionsmaßnahmen“ auf wie in den vergangenen Jahren“, begründete Dr. Beate Janinhoff (Bild) die Zustimmung der FDP. Der Etat stelle „den moderaten, notwendigen Ausbaubereich der Infrastruktur in den Vordergrund“.



Gerade weil die sprudelnde Gewerbesteuerquelle eine starke Stütze des Haushalts sei und die Stadt ihren Unternehmern dankbar sein müsse, seien Überlegungen, den Steuerhebesatz zu erhöhen, „unklug“. Die Kritik anderer Fraktionen an der Teilübernahme der Fehlbeträge aus dem Betrieb katholischer Kindergärten kann Janinhoff nicht nachvollziehen. „Ein Vielfaches“ würde es die Stadt kosten, anstelle der Kirche selbst die Plätze zu finanzieren, um die Versorgung zu sichern.

Hoher Fehlbetrag, die höchste Pro-Kopf-Verschuldung seit zehn Jahren, eine aufgezeigte Ausgleichsrücklage und eine Entnahme von knapp drei Millionen Euro aus der Allgemeinen Rücklage, um das Defizit auszuglei-

chen – die Haushaltslage sei nicht rosig, nicht zuletzt, weil das Land NRW den Kommunen viele Aufgaben ohne entsprechenden Finanzausgleich aufbürde: „Wir dürfen uns in Zukunft keine „Luxusausgaben“ mehr leisten und sollten uns auf die städtischen Pflichtaufgaben konzentrieren.“

Während aus Sicht der FDP die Bildung eines interkommunalen Bauhofs und die Fremdvergabe der kommunalen Rechnungsprüfung deutliche Einsparungen bringt, sieht Dr. Janinhoff die Stadtbücherei auf einem falschen Weg: Anstatt durch die Einführung der elektronischen Buchausleihe Personal einzusparen, würden neue Tätigkeitsfelder geschaffen und unter dem Strich 27 000 Euro mehr für Personal ausgegeben. Kostenträchtig und wenig erkenntnisreich seien die zahlreichen externen Gutachten. Ob für die Schulentwicklung, die Bäderlandschaft oder den Wohnungsbau – manche Expertise hätte man sich sparen können, ganz abgesehen davon, dass sie oft fehlerhaft gewesen seien. Ärgerlich sei, dass im Ortsentwicklungskonzept für Freckenhorst einerseits „so nicht finanzierbare“ Projekte gefordert würden, andererseits Glasfaseranschlüsse so wenig nachgefragt seien.